L-1 Mit GRÜNEM Kompass durch die Krise – gemeinsam solidarisch, vorausschauend und verantwortungsbewusst

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.11.2022
Tagesordnungspunkt: 3. Solidarität in der Krise

Antragstext

Seit Jahrzehnten gab es in Rheinland-Pfalz keine so herausfordernde Zeit. Die **multiplen Krisen** fordern uns als Gesellschaft heraus und sind nur durch Zusammenhalt in Solidarität sowie vorausschauendes Handeln zu bewältigen.

Die Klimaveränderungen gefährden das ökologische System und damit auch unsere Gesundheit, unsere Häuser, öffentliche Infrastruktur und die Betriebe im Land. Leben mit dem Wandel heißt, krisenfest umzugestalten und präventives Agieren.

Das **Artensterben** reißt unwiederbringlich Lücken im Ökosystem und gefährdet somit auch unsere Ernährung und unseren natürlichen Lebensraum mit all seiner ursprünglichen Biodiversität.

Die **Corona-Pandemie** veränderte unsere Lebensweise und vertiefte die Spaltung unserer Gesellschaft. Es ist aktuell unklar, wie sich die Pandemie weiterentwickelt - zur normalen Krankheit oder zu einer globalen Gefahr, die weitreichende staatliche Schutzmaßnahmen bedarf. Das Ausmaß der Pandemie insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen in unserem Land ist immer noch nicht ganz klar und wird noch weitreichende Folgen weit über dieses Jahr hinaus haben.

Der **völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine** hat Millionen von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Deutschland hat mit großer Solidarität mehr als **1 MillionUkrainer*innen** aufgenommen, schätzungsweise werden 2022 rund 200.000 **Asylsuchende** aus anderen Ländern zu uns geflohen sein. Das sind rund ein Drittel mehr Menschen als im Jahr 2015. In Rheinland-Pfalz werden bis Ende des Jahres rund 55.000 Geflüchtete Schutz gefunden haben. Dies stellt unser Land vor große Herausforderungen, bei der Integration, in Bildungseinrichtungen, im Ehrenamt und auch bei den Haushalten von Land und Kommunen.

Der Krieg in der Ukraine führt uns unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und damit auch die Versäumnisse beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und klar vor Augen.

Statt die Erneuerbaren ambitioniert voranzutreiben, wurde durch die Regierungen der letzten 16 Jahre systemisch die Solarwirtschaft in Deutschland zerstört und somit die Abhängigkeit zementiert. Die stark gestiegenen Preise für Energie belasten zusehends nicht mehr nur energieintensive Unternehmen, sondern große Teile der Gesamtwirtschaft. Auch für die Bürger*innen bedeuten die stark steigenden Lebenshaltungskosten in unserem Land eine große Herausforderung und sind Grund zur Sorge.

Diese Krisen und ihre Auswirkungen überlagern sich.Ihre Auswirkungen sind für uns alle beängstigend. Rechte Kräfte nutzen Unsicherheit und Angst bewusst aus, um die **Akzeptanz unseres demokratischen Staatssystems in Europa anzugreifen**.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz handelt mit klarem Kompass

Für uns ist **Angst kein Mittel der Politik**. Wir GRÜNEN stehen für **Optimismus, Weitsicht, Verantwortungsbewusstsein und gelebte Solidarität**. Wir sind uns unserer Verantwortung als Regierungspartei, in dieser Krise bewusst. Wir werden **gemeinsam mit den Menschen im Land** die Krisen überwinden und gestalten. Dabei gilt es unsere Demokratie zu verteidigen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und unsere offene Gesellschaft schützen.

Solidarisch gut durch den Winter

Unsere oberste Priorität muss es sein, so schnell es geht unsere Abhängigkeit von fossilen, dreckigen Energieträgern, insbesondere aus Russland, zu beenden. Dies geht nur mit einem noch schnelleren Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Trotzdem sind die explodierenden Energiepreise jetzt akut ein Problem für viele Menschen und Unternehmen in unserem Land.

Mit den aktuell aufgelegten Entlastungspakten des Bundes und der Länder geben wir Millionen von Bürger*innen Sicherheit für den kommenden Winter und darüber hinaus, dass der Staat sie nicht alleine lässt. Die Energiekosten für Verbraucher*innen aber auch für Unternehmen und die Industrie werden mit den Preisbremsen für Strom und Gas sowie einer Soforthilfe im Dezember sofort und spürbar sinken. Darüber hinaus werden Härtefallregelungen für soziale Einrichtungen greifen. Uns ist klar, dass einige dieser Maßnahmen nicht originäre GRÜNE Ziele im Sinne des Klima- und Umweltschutzes bedienen. Wir sind uns als verantwortliche Regierungspartei aber auch darüber bewusst, dass diese Maßnahmen zu dieser Zeit einen wesentlichen Beitrag zu unserem gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Zusammenhalt leisten und wir damit auch den von breiten Teilen der Gesellschaft an uns gestellten Erwartungen gerecht werden.

Damit die Menschen und wir als Gesellschaft gut und sicher über den Winter kommen ist es wichtig, dass Erdgas- und Stromverbrauch deutlich reduziert werden. **Beratungen zum Energiesparen und zum Ausbau regenerativer Quellen** sind

daher so wichtig wie noch nie. In Rheinland-Pfalz haben daher die beiden GRÜNEN Ministerien die Kapazitäten der Energieberatungen und der Verbraucherzentrale verstärkt. Ergänzt wird dieses Angebot durch die Beratung der Energieagentur für die Kommunen. Durch eine deutliche Aufstockung der Schuldner- und Insolvenzberatung, wird Hilfe für die Menschen zur Verfügung gestellt, die durch die aktuelle Situation von besonderer Härte betroffen sind.

Auf kommunaler Ebene sind ergänzend mit GRÜNER Beteiligung **Nothilfefonds** entstanden, die bei unverschuldet durch Energierechnung in Not Geratenen einen Teil der finanziellen Lasten abnehmen. Dies ist in Mainz und Speyer bereits der Fall.

Dank GRÜNER Politik werden bereits nahezu 50 Prozent des in Rheinland-Pfalz produzierten Stroms aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Unser Ziel ist es, bis 2030 100% des rheinland-pfälzischen Strombedarfs aus Erneuerbaren zu decken. Dies bedarf besonderer Anstrengungen beim Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, die wir dafür mindestens verdoppeln bzw. verdreifachen müssen.

Dafür werden wir z.B. bis Anfang 2023 die Mindestabstände für Windkraftanlagen so reduzieren, dass alte Anlagen ersetzt (repowered) und der Bau zusätzlicher neuer Anlagen in der Fläche wieder ermöglicht werden. Um die Ausbaugeschwindigkeit noch weiter zu beschleunigen, werden wir Anfang 2023 die **Windkraft-Genehmigungsverfahren** auf Ebene der beiden Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD) zentralisieren.

Mit dem Solargesetz tritt zum 1. Januar 2023 eine Solarpflicht für Gewerbeneubauten und Gewerbeparkplätze ab 50 Stellplätzen in Kraft. Damit wollen wir dem Ausbau der Photovoltaik in Rheinland-Pfalz eine ganz neue Dynamik geben. Zudem wurde die PV-Freiflächenverordnung bereits zum Jahresbeginn 2022 auf 200 Megawatt pro Jahr ausgeweitet und wird bereits in diesem Jahr ausgeschöpft. Das sind GRÜNE Erfolge. Dennoch müssen wir den Ausbau der Photovoltaik weiter beschleunigen. Als nächste Schritte streben wir daher den Bau von Photovoltaikanlagen auf allen öffentlichen Gebäuden sowie eine weitere Ausweitung der Freiflächenverordnung an.

Nicht zuletzt werden wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien die Eigenstromversorgung, eine intelligente Sektorkopplung sowie eine breite Partizipation der Bevölkerung vor Ort durch Genossenschaften, kommunale Solidarpakte und Bürgerbeteiligung unterstützen und stärken. Hierdurch entsteht Wertschöpfung vor Ort.

Dies werden wir nicht zuletzt durch den von uns mit initiierten **Kommunalen Klimapakt (KKP)** mitgestalten, mit dem wir ab 2023 gezielt Kommunen in Rheinland-Pfalz dabei unterstützen, vor Ort Energieeffizienz-, Erneuerbare Energie-, Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsprojekte zügig umzusetzen.

Mit dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) wird das GRÜNE Klimaministerium 180 Millionen für die Kommunen in Rheinland-Pfalz zur Finanzierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten zur Verfügung stellen.

Die von unserem Klima- und Energieministerium verantwortete **Wasserstoffstrategie** ergänzt die Maßnahmen zum Ausbau der Erneuerbaren Energie- und Sektorkopplung. Damit soll Rheinland-Pfalz und seiner Industrie der Anschluss an die nachhaltige Dekarbonisierungsstrategie der EU ermöglicht werden, wofür eine zeitnahe Planung von Leitungstrassen, Elektrolyseurkapazitäten, Tankstellennetzen oder Geschäftsmodellen erforderlich sind. Um auch die Wärmewende in Rheinland-Pfalz zu forcieren, erstellt aktuell die Landesenergieagentur ein landesweites **Wärme- und Kältekataster**, in dem potenzielle Wärme-/Kältesenken und -quellen nach Kommunen abgebildet und bewertet werden. Dies ist eine weitere Grundlage für die von unserem Klimaschutzministerium geförderten **kommunalen Nahwärmenetze** und **energetischen Quartierssanierungen,** die jeweils wichtige Bausteine einer nachhaltigen Energiewende darstellen und eine verlässliche Energieversorgung vor Ort ermöglichen.

Übergreifend wird sich Rheinland-Pfalz auf GRÜNE Initiative hin als eines der ersten Bundesländer ein **Klimaschutzgesetz mit CO2-Sektorzielen** geben. Dazu hat das von uns geführte Klimaschutzministerium eine Sektorenstudie beauftragt, in dem für die Bereiche Industrie, Energieerzeugung, Wärme, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft Emissionsziele für die Klimaneutralität des Landes bis spätestens 2040 beschrieben werden. Dadurch schaffen wir für alle Beteiligten und Verantwortlichen eine einheitliche und transparente Steuerungsbasis für den Klimaschutz in unserem Land.

All diese enormen Bemühungen tragen dazu bei, dass wir unseren Zielen ein Stück näherkommen. Aber es wird im aktuellen Tempo nicht reichen. Wir müssen noch viel schneller werden und ambitionierter.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss weiter beschleunigt werden. Die Klimaschutzministerien in Landes- und Bundesregierung haben hierzu wichtige Maßnahmen ergriffen. Es bedarf jedoch eines ressortübergreifenden Ansatzes bei der Umsetzung des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Erstens muss das Denkmalschutzrecht in Rheinland-Pfalz entsprechend weiterentwickelt und auf allen administrativen Ebenen großzügig zu Gunsten der Erneuerbaren ausgelegt werden. Gleiches gilt für die Landes-, Regional- und Bauleitplanung, in der alle rechtlichen und administrativen Hemmnisse beseitigt werden müssen. Drittens muss bei den anstehenden Gesetzgebungsprozessen im Baurecht – von der Landesbauordnung über die Musterbauordnung bis zum Baugesetzbuch – die Ermöglichung von Photovoltaik- und Windenergieanlagen besonders berücksichtigt werden.

Mutiger in den Ausbau gehen, das heißt auch: Energiewende vor Ort gestalten, wir

müssen alle Bedingungen dafür schaffen, dass die Energiewende massiv beschleunigt wird. Alle erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen müssen schnell geschaffen werden. Die Unterstützung der Kommunen zur Erschließung der Flächenpotenziale mit Hilfe z.B. von Flächenkatastern, fachlicher Beratung zur Fortschreibung ihrer Flächennutzungspläne muss jetzt schnellen in die Wege geleitet werden.

Die Kommunalen Entscheidungsträger müssen bei der Moderation und Gestaltung dieser Prozesse aktiv unterstützt und gefordert werden.

Bei der **Ausgestaltung der Mobilität** streben wir eine klimaschützende Teilhabe der Menschen überall an. Dafür benötigen wir attraktive Angebote für Bus- und Bahn. Dies bedeutet einerseits eine entsprechende Abdeckung mit Bus-/Bahnlinien sowie andererseits eine attraktive Tarifgestaltung. Mit dem angestrebten Nahverkehrsplan werden landesweite Qualitätsstandards definiert, die auch auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern, älteren sowie eingeschränkten Menschen Antworten liefern und vernetzte Lösungen zwischen ÖPNV, Rad- und Individualverkehr integriert. Das 49-Euro-Ticket führt die Vorteile des erfolgreichen 9-Euro-Systems fort – Bezahlbarkeit, Einheitlichkeit, einfache Buchung. Es ermöglicht bezahlbare Mobilität und damit Teilhabe für viele Menschen. Jedoch könnten die Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen höher liegen als bundesseitig kalkuliert. Deswegen fordern die Länder eine Nachschusspflicht des Bundes. Hier gilt: Keinesfalls darf es infolge von offenen Finanzierungszusagen des Bundes zu Angebotskürzungen im ÖPNV kommen.

Perspektiven schaffen

Ein wichtiger Beitrag für die Stärkung der Kaufkraft war auf GRÜNE Mitinitiative die **Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns** auf nun 12 Euro pro Stunde**.** Für rund 6 Millionen Menschen bedeutet das ein Plus von mehr als 20 Prozent. Den steuerlichen **Arbeitnehmer-Pauschbetrag** haben wir um 200 Euro auf 1.200 Euro angehoben. Das **steuerfreie Existenzminimum** haben wir deutlich erhöht. Im September 2022 wurde die **Energiepreispauschale** in Höhe von 300 Euro ausgezahlt. Die **Abschaffung der EEG-Umlage** hat den Strompreisanstieg abgeflacht. **Gaspreisbremse und Strompreisbremse** werden bereits ab Dezember 2022 sowie in den kommenden Jahren eine wesentliche Entlastung für Haushalte und Unternehmen bringen. Zum Erhalt von Arbeit in betroffenen Branchen haben wir die **Kurzarbeit** ausgeweitet und schaffen neue **Weiterbildungsmöglichkeiten**.

Familien sind besonders unter Druck: Im Juli haben Familien daher 100 Euro **Sofortzuschlag** pro Kind erhalten. Familien werden ab 1. Januar 2023 für das erste, zweite und dritte Kind **ein höheresKindergeld von jeweils 250 Euro** erhalten. Ergänzend können Familien mit niedrigem Einkommen seit 1. Juli 2022 monatlich bis zu 229 Euro pro Kind **Kinderzuschlag** und ab 1. Januar 2023 bis zu 250 Euro pro Monat erhalten. Für Kinder im SGB II-Bezug werden seit Juli 2022 monatlich 20 Euro als **Kindersofortzuschlag** zusätzlich zur bisherigen Leistung

ausgezahlt.

Unter Hochdruck arbeitet das GRÜNE Bundesfamilienministerium an der Einführung der **Kindergrundsicherung**. Die Kindergrundsicherung wird allen Familien das Leben leichter machen und alle Kinder aus dem Grundsicherungssystemen herausholen. Ziel ist, dass Kinder materiell das erhalten, was sie zum Leben brauchen.

Ab dem 1. Januar 2023 wird **das neue Bürgergeld** das ALG II ersetzen. Das Bürgergeld sieht neben einer deutlichen Erhöhung der monatlichen Transferzahlungen um mehr als 10 Prozent, u.a. eine regelmäßige Anpassung an die Inflation, deutlich weniger bürokratische Verfahren sowie den Wegfall des Vermittlungsvorrangs vor. Dass die Union noch umfassendere Verbesserungen wie die Vertrauenszeit blockiert hat, zeigt das bei der CDU und CSU zugrundeliegende Menschenbild, das von Misstrauen und Sanktionsdrang dominiert wird. Die Wohnungs- und Heizkosten (KdU) werden derzeit für Empfänger*innen von SGB II-Leistung, für Asylbewerber*innen und für Empfänger*innen der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung nach intransparenten Ansätzen berechnet. In Zukunft wird durch das Bürgergeld im ersten Jahr die KdU in voller Höhe übernommen. Wohngeldempfänger*innen, nicht im Elternhaus lebende Schüler*innen und Studierende mit BAföG-Anspruch sowie Auszubildende mit AFBG-Anspruch erhielten zusätzlich zur Förderung bereits einen **Heizkostenzuschuss** in Höhe von 230 Euro. Ein zweiter Heizkostenzuschuss für die nach BAföG und AFBG-Geförderten in Höhe von 345 Euro wird nun folgen. Für Wohngeldberechtigte wird er für eine Person 450 Euro, für zwei Personen 540 Euro, für jede weitere Person zusätzlich 100 betragen. Im Dezember 2022 bekommen Rentner*innen eine Energiepreispauschale von 300 Euro mit der Auszahlung der Rente. Alle Studierenden und Fachschüler*innen erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro.

Damit wurden unter GRÜNER Beteiligung wichtige Beiträge zur Abmilderung von existentiellen und ökonomischen Härten geschaffen.

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Der **soziale Zusammenhalt und das gute Miteinander sind durch die Krisenfolgen in Gefahr**. Die Vielfalt in der Gesellschaft ist kein Leitbild, sondern Realität. Gegenseitige Akzeptanz, Respekt, Wertschätzung, bürgerschaftliches Engagement für die Gemeinschaft aller sind Grundlage für ein gutes Miteinander. Wir **fördern das Ehrenamt** besonders und **bekämpfen den Rechtsextremismu**s konsequent. Mit Beratungsstellen des Landes stehen wir an der Seite von Opfern rechtsextremer Gewalt und Diskriminierung.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Transformation sozial zu gestalten braucht es eine Offensive zur **Qualifizierung im und für den Arbeitsmarkt und Zuwanderung in den Arbeitsmarkt**. Wir benötigen hier eine **Stärkung der Infrastruktur für Integration.** Auf Bundesebene arbeiten GRÜNE mit an besseren Rahmenbedingungen für eine Fachkräftezuwanderung. Das GRÜNE

Integrationsministerium verbessert die Infrastruktur für Zugewanderte.

Wir benötigen **mehr sozialen Wohnraum in Rheinland-Pfalz**. Wir streben besonders die Umwandlung bestehenden Wohnraums an. Dafür gibt es im Land bereits viel tolle Praxisbeispiele, z.B. Umwandlung von großen Häusern in Dorfkernen in individuelle Wohneinheiten, aber auch mehr soziale Wohnformen wie Quartierswohnen, generationenübergreifende Wohnprojekte und Wohnungsbau durch genossenschaftliches Bauen. Wir wollen dabei das ökologische Bauen mit CO2-neutralen Baustoffen fördern.

Der soziale Zusammenhalt benötigt auch eine **konsequente Armutsbekämpfung**. Auf GRÜNE Initiative baut das Land Rheinland-Pfalz diese massiv aus. Gleiches gilt für die Stärkung der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe sowie die Unterstützung der Tafeln. Die Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung werden wir landesweit ausbauen.

Der Angriff auf die Ukraine hat auch in Rheinland-Pfalz zu einem starken Zuzug von Menschen aus der Kriegsregion geführt. Der Herausforderung durch die kriegerische Aggression gegen die Ukraine begegnen wir durch gelebte Solidarität. Die Fluchtaufnahme ist in einem solidarischen Kraftakt der Hilfsorganisationen, vieler Ehrenamtlicher, der Kommunen, des Landes und des Bundes gut gelungen. Das Land unterstützt die Aufnahme und Betreuung der Geflüchteten im laufenden Jahr 2022 mit 270 Millionen Euro. Bei der allgemeinen Fluchtaufnahme verzeichnen wir gegenwärtig auch in Rheinland-Pfalz steigende Zahlen. Unser Dank gilt allen, die zu einer guten Unterbringung und Versorgung vor Ort beigetragen haben und weiter dazu beitragen.

Wir GRÜNE stehen für eine Integrationspolitik, in der der einzelne Mensch zählt. In Rheinland-Pfalz finden Menschen, die zu uns kommen, gute Integrations- und Unterstützungsangebote. Dafür stehen wir mit dem grün geführten Integrationsministerium. Wir stärken die landesgeförderten Migrationsfachdienste, die Geflüchtete im Alltag beraten und unterstützen – beispielsweise bei Fragen zur Unterbringung, zum Aufenthaltsrecht, zur Gesundheitsversorgung oder zur schulischen und beruflichen Entwicklung. Wir bieten zugewanderten Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus ein stringent aufgebautes Sprachkurssystem, mit dem sie in einer überschaubaren Zeit gut Deutsch lernen können. Für die Menschen, die vor ihrer Flucht und auf der Flucht traumatisiert wurden, bauen wir die psychosozialen Angebote in der Erstaufnahme und mit regionalen Psychosozialen Zentren weiter aus. Bundesweit vorbildlich sind die Einführung eines Screeningverfahrens zur Identifikation psychischer Belastungen und besonderer Schutzbedürftigkeit in der Erstaufnahme sowie mit die Förderung psychosozialer Zentren in Rheinland-Pfalz

Wir denken an heute, morgen und übermorgen

Wir leben in herausfordernden Zeiten. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, Klimakrise, und Corona-Pandemie fordern uns sehr. Hinzu kommt in Rheinland-Pfalz der Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe 2021.

Diese Krisen sind mit Sorgen und Nöten vieler Menschen verbunden. Sie bergen aber auch die Chance mit breiter gesellschaftlicher Zustimmung die Transformation zentraler Prozesse in Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend anzugehen. Die Notwendigkeit, krisenresilienter aufgestellt zu sein wird nun mehr denn je spürbar. Durch besonnenes Handeln kann der Umbau gelingen und alle Menschen mitgenommen werden.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt: das Zeitfenster für die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation ist enorm klein. Deshalb handeln wir jetzt! Entschlossen, bestimmt und mit klarem GRÜNEN Kompass!

Begründung

erfolgt mündlich